

Als «Abfallpiraten» gegen Unrat: Verein Öisi Aare plant Herbstaktion

Wenn der Sommer vorbei ist, gehts ans Aufräumen: Der Niederämter Verein plant eine Putzaktion im Herbst.

Der Regionalverein Öisi Aare Niederamt und der Pontonierfahrverein Schönenwerd-Gösgen planen Mitte September eine gemeinsame Littering-Aktion für Kinder und Jugendliche unter dem Motto «Abfallpiraten». Kürzlich wurden Vereins- und Behördenmitglieder in Schönenwerd über das Vorhaben orientiert: Der Regional- und der Pontonierfahrverein luden zu einem gemeinsamen Anlass ein, an welchem über 30 Vereinsvertretende und Behördenmitglieder aus dem Niederamt teilnahmen. Vonseiten des Kantons waren Regierungsrätin Sandra Kolly und Gabriel Zenklusen, Chef des kantonalen Amtes für Umwelt, anwesend.

Vor allem Jugendliche für Thematik sensibilisieren

Daniel Gubler, Präsident des Regionalvereins Öisi Aare Niederamt und Gemeindepräsident von Winznau, erläuterte die Entstehungsgeschichte von der anfänglichen, im Jahr 2015 ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe bis zur Vereinsgründung 2019. Er wies zudem auf die Wirksamkeit der bisher getroffenen Massnahmen hin.

Sandro Stücheli, ehemaliger Präsident des Pontonierfahrvereins, stellte anschliessend seinen 50 Mitglieder zählenden Verein, die Hälfte davon Jugendliche, kurz vor. Gemeinsam planen die beiden Vereine am 17. September 2022, von 9 bis etwa 12 Uhr einen Clean-Up-Day.

Die Aare sowie ihre Ufer zwischen dem Cartaseta-Areal in Gretzenbach und dem Klubhaus der Pontoniere in Schönenwerd sollen unter dem Mot-



Daniel Gubler (rechts) erläutert den Vereins- und Behördenmitgliedern das geplante Projekt, ganz links Regierungsrätin Sandra Kolly. Bild: zvg

to «Abfallpiraten» von Unrat gesäubert werden.

Gemeinsam das Einsatzgebiet besichtigt

Bei diesem Event sollen vor allem Kinder und Jugendliche mit an Bord geholt und für das Thema sensibilisiert werden; dies in Zusammenarbeit mit Niederämter Vereinen, die sich unter anderem für die Jugendförderung einsetzen.

Am Samstag orientierten der Verein Öisi Aare und der Pontonierfahrverein in dessen Klub-

haus über den bevorstehenden Event im Herbst.

Die Vereins- und Behördenvertreter erfuhren, wo und wie die Vereine eingespannt werden sollen. Nach der Präsentation wurde ein Apéro durchgeführt. Dabei bestand nicht nur die Möglichkeit, sich auszutauschen, sondern sich auch von Mitgliedern des Pontonierfahrvereins auf dem besagten Aareabschnitt mit Pontonierbooten zu bewegen und sich die Einsatzmöglichkeiten vor Ort zeigen zu lassen. Derjenigen Grup-

pe, welche im Herbst am meisten Abfälle sammeln wird, winkt ein Überraschungspreis. Daniel Gubler hielt bei der Präsentation fest: «Zusammen können wir etwas bewegen, und wir müssen gemeinsam Sorge zur Aare und ihren Ufern tragen.»

2019 wurde der Regionalverein Öisi Aare Niederamt gegründet. Mehrere Niederämter Gemeinden bekundeten damals ihr Interesse, sich am Erhalt des Naturraumes zu beteiligen. Das generelle Ziel des Vereins ist die

Bekämpfung des Litterings im Aareraum zwischen Olten und Aarau. Auch soll in Zusammenarbeit mit der Institution Oltech, der Verkehr und das Parkieren an der Aare geregelt werden, wildes Campieren und Lärmbelästigungen verhindert sowie die Sicherheit im betroffenen Gebiet gewährleistet werden. Seit der Gründung finden immer wieder Aktionen statt, dazu gehören aufgestellte Plakate zur Sensibilisierung oder verteilte Abfallerimer im Gebiet der Aare. (mgt/otr)

84 Millionen für Sicherheit und Brennelemente

Däniken Der Verwaltungsrat der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG hat den Jahresabschluss 2021 zuhanden der Generalversammlung genehmigt. Das Kernkraftwerk Gösgen erzeugte im 42. Betriebsjahr netto 7,9 Milliarden Kilowattstunden Strom (2020 deren 8,33 Milliarden). «Die normalisierten, von der kurzfristigen Entwicklung an der Börse unabhängigen Jahreskosten beliefen sich 2021 auf 340,5 Millionen Franken», schreibt die Betreiberschaft in einer Mitteilung auf ihrer Website. Die Produktionskosten betrugen demnach 4,31 Rappen pro Kilowattstunde. Die normalisierten Jahres- und Produktionskosten würden zur besseren Vergleichbarkeit und Einschätzung des Betriebsergebnisses berechnet. Dazu werde eine langfristige Zielrendite von 2,75 Prozent für die Stilllegungs- und Entsorgungsfonds angewendet.

Zur Sicherstellung und kontinuierlichen Steigerung der Sicherheit und Verfügbarkeit des Kraftwerks wurden im Berichtsjahr rund 84 Millionen Franken in anlagentechnische Verbesserungen, substanzerhaltende Massnahmen und Brennelemente investiert.

Im Hinblick auf die Finanzierung zukünftiger Investitionen hat der Verwaltungsrat an seiner Sitzung zudem beschlossen, dass die Aktionäre statuten-gemäss das noch nicht liberierte Aktienkapital im Betrag von 60 Millionen Franken einzahlen. Nach dieser Einzahlung, welche im Laufe des Jahres 2022 erfolgen soll, wird das gesamte Aktienkapital von 350 Millionen Franken einbezahlt sein.

Die Generalversammlung der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG findet am 23. Mai in Olten statt. Der Geschäftsbericht 2021 wird am 29. April im Internet publiziert. (mgt)

Stille Wahlen dürfen nicht abgeschafft werden

Starkkirch-Wil wollte mehr Demokratie und deshalb stille Wahlen verhindern. Doch der Kanton sah einen Haken.

Noël Binetti

Es hätte ein Schritt hin zu mehr Demokratie werden sollen: «Die Idee dahinter war, eine bessere Legitimation der Mitglieder des Gemeinderats zu erreichen», erklärte Gemeindepräsident Christian Bachofner im Vorfeld der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom Montagabend.

Der Rat beantragte den 22 anwesenden Stimmberechtigten eine Teilrevision der Gemeindeordnung. Ein Bestandteil der Änderungen sah vor, für Mitglieder des Gemeinderats zwingend eine Urnenwahl festzuschreiben, wie dies bei Wahlen auch für das Amt des Gemeindepräsidenten gilt.

Bachofner sagte: «Die Idee war mit den Ortsparteien abgesprochen und wurde auch von ihnen begrüsst.» Aber: «Letzte Woche hat uns die Solothurner Staatskanzlei in diesem Punkt



Christian Bachofner: «Die Idee dahinter war, eine bessere Legitimation der Mitglieder des Gemeinderats zu erreichen.» Bild: Bruno Kissling

zurückgepfiffen.» Die kantonalen politischen Rechte stünden über der Gemeindeordnung. Darum können die Mitglieder des Gemeinderats von Starr-

kirch-Wil auch künftig in stiller Wahl ernannt werden; sofern nicht mehr Kandidierende vorhanden sind, als Sitze zu vergeben sind. Die Chose sorgte für

keinerlei Wortmeldungen. Derentsprechende Punkt wurde in der überarbeiteten Gemeindeordnung gestrichen, man wandte sich den weiteren Traktanden zu.

Doch eigentlich ist die Intention Starkkirch-Wils zur Abschaffung stiller Wahlen bemerkenswert. Denn alle vier Jahre, immer wenn gewählt wird, gerät diese Praxis in die Kritik: Stille Wahlen seien keine Wahlen, heisst es regelmässig. Warum also ist die Änderung nicht möglich?

Grund ist Unterschied im Wahlverfahren

Auf Anfrage sagt Pascale von Roll, Staatschreiberin Stellvertreterin und Chefin Regierungskdienste beim Kanton: «Das hat mit dem Wahlverfahren zu tun. Wichtig ist dabei der Unterschied zwischen Majorz- und Proporzwahl.» Bei Proporzwahlen sehe das Gesetz zwingend

stille Wahlen vor, «wenn die Gesamtzahl der vorgeschlagenen Kandidierenden die Zahl der zu Wählenden nicht überschreitet». Wegen des zweistufigen Berechnungsverfahrens zur Sitzverteilung bei Proporzwahlen (die Sitze werden auf Listen verteilt und die Sitze der Listen werden innerhalb der Listen auf die Kandidierenden verteilt) könnte eine Urnenwahl zu skurrilen Situationen führen, wenn es nur so viele Kandidierende wie insgesamt Sitze hat – aber mehrere Parteien. Von Roll erklärt: «Unter Umständen würden nicht alle Kandidierenden gewählt, was dann zu Nachnominierungen führen würde.»

Konkret heisst dies: Partei A hätte drei Kandidierende für den siebenköpfigen Gemeinderat, könnte aber in Wahlen vier Sitze erreichen. Partei B hätte vier Kandidierende, würde möglicherweise in der Wahl aber nur drei Sitze holen.

Am Ende müsste die eine Partei jemanden nachnominieren, die andere Partei hätte eine Person, die nicht gewählt ist. Demokratischer würde der Prozess dadurch also nicht.

Im Fall von Starkkirch-Wil habe keine Vorprüfung der überarbeiteten Gemeindeordnung stattgefunden. Sie habe in der Zeitung vom Vorhaben der Gemeinde gelesen und diese anschliessend darauf aufmerksam gemacht. «Sonst wäre die angenommene Überarbeitung der Gemeindeordnung spätestens bei der Prüfung durch das Amt für Gemeinden durchgefallen», erklärt von Roll.

An der Versammlung hielt man sich nicht lange damit auf; zügig wurden die restlichen Traktanden behandelt. Die Teilrevision der Gemeindeordnung sah sonst lediglich kleinere Anpassungen an heutige Gegebenheiten vor. Fast einstimmig wurden alle Anträge genehmigt.